

RUND BRIEF

Nr. 9, Dezember 2002



GUATEMALA GRUPPE Nürnberg

Guatemalagruppe des Bundes der Deutschen
Katholischen Jugend Nürnberg-Nord und
der Evangelischen Jugend Nürnberg

Guatemala - Fernes Land

In Guatemala finden keine spektakulären Geiselnahmen statt, die Naturkatastrophen haben ein "zu kleines" Ausmaß, die Unterdrückung der Gewerkschaften und Land suchenden findet auf einem niedrigen Niveau statt, d. h. es wird "nur" von Zeit zu Zeit ein Aktivist ermordet. Dies reicht für die deutsche Presse - vielleicht mit Ausnahme der TAZ - selten aus, um über Guatemala zu berichten.

Natürlich werden die aktiven LeserInnen mit Informationen über die "großen" Geschehnisse wie den bevorstehenden Krieg gegen den Irak oder die Sozialabgabendebatte bei uns überflutet. Trotzdem erheben wir einmal im Jahr die Stimme für dieses ferne Land. Zum einen, um unsere SpenderInnen zu informieren, wie es mit unseren PartnerInnen weitergeht, aber auch um einen Kontrapunkt zu setzen gegen die Mainstream-Berichterstattung, die sich erst dazu schaltet, wenn gleichzeitig mehr als fünfzig AusländerInnen oder ein einziger Deutscher im Ausland umkommen.

Zuerst einmal zu den kleinen Aktionen, die wir als Gruppe durchgeführt haben - über die Lage in Guatemala berichten wir in den folgenden Artikeln.

Unsere Ausstellung im Eckstein bei der Evangelischen Jugend Nürnberg fand viel Interesse, vor allem da Bischof Samuel Ruiz, einer der Träger des Internationalen Menschenrechtspreises der Stadt Nürnberg, aus Chiapas/Mexico bei der Eröffnung zufällig anwesend war.

Wie immer waren wir an der Vorbereitung der Lateinamerikawoche in Nürnberg beteiligt. Die Woche Anfang dieses Jahres war gut besucht, mittlerweile sind wir schon lange mit der Planung der nächsten beschäftigt. Sie beginnt am Samstag, 25.1.2003 mit einem Konzert der bayerisch-brasilianischen Band Bavarío und dauert mit Vorträgen und dem Abschlusskonzert bis zum 1.2.2003. Eine wichtige Änderung ist der neue Veranstaltungsort: nicht mehr der Große Saal von Heilig Geist, sondern die Räume der Villa Leon. Ausführlich wird alles wieder in einem Programmheft dargestellt. Auch auf der Internetseite www.lateinamerikawoche.de stehen das aktuelle Programm der Woche und weitergehende Informationen.

Einen weiteren öffentlichen Auftritt hatten wir auf dem Nord-Süd-Fest vor der Lorenzkirche im Juni. Im Kreise der zahlreichen Initiativen, die sich auch schon seit vielen Jahren für eine gerechtere Welt einsetzen, feierten wir bei schönem Wetter ein Wiedersehen mit vielen Freunden. Auch die Information der Passanten kam dabei nicht zu kurz: Wir hatten eine Diashow über unsere Arbeit erstellt, die ständig an unserem Stand lief, und zahlreiche Diskussionen mit InteressentInnen zeigten, dass das Thema Guatemala immer noch Widerhall findet.

Neben diesen Veranstaltungen mit Außenwirkung nahmen wir auch an Briefaktionen für bedrohte AktivistInnen in Guatemala teil - ein Problem, das sich leider wieder verstärkt (siehe auch der nächste Artikel).

Kommt zuerst die Demokratie, und dann erst das Fressen ?

Sechs Jahre nach Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen Regierung und Guerilla ist das Land noch weit entfernt von der Umsetzung des umfangreichen Abkommens, aber die meisten Menschen in Guatemala haben ganz andere Probleme...

"Wir nehmen jede Gelegenheit wahr, die demokratischen Institutionen Guatemalas zu unterstützen, die Menschenrechte zu schützen, die Zivilgesellschaft zu fördern und den Rechtsstaat aufzubauen. Wir üben auf allen Ebenen Druck aus auf die guatemaltekische Regierung, damit sie die fundamentalen Bürgerrechte sichert und den demokratischen Prozeß voranbringt..." - diese Äußerung kommt nicht etwa von solidaritätsbewegten Menschen, KirchenvertreterInnen oder etwa dem alten und neuen grünen Außenministerium, sondern aus dem US-Außenministerium selbst, genauer gesagt: der Abteilung zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Deren Chefin Monica Vegas konstatiert eine tiefe Krise der Demokratie in Guatemala, mit ineffektiven Institutionen, welche die fundamentalen Menschenrechte nicht garantieren. Geheim operierenden Gruppen wirft sie die zunehmende Bedrohung von MenschenrechtsaktivistInnen vor und der Regierung "stillschweigendes Komplizentum".

Wandel in der US-Außenpolitik?

Stehen wir vor einem Wandel in der US-Außenpolitik, den wir auf der anderen Seite

des Atlantiks noch gar nicht mitbekommen haben? Unter George W. Bush wurde der ehemalige US-Botschafter aus der Zeit des von den USA finanzierten Kriegs in El Salvador, Negroponte, zum UNO-Botschafter bestellt, und Otto Reich, rechter Republikaner, Exilkubaner und Mitverantwortlicher für den Contra-Krieg gegen Nicaragua, zum Staatssekretär für Lateinamerika im Außenministerium ernannt. Da die Personalien also nicht gerade für einen "Linksruck" in der US-Politik sprechen, muss der Grund für die plötzliche Sorge um Rechtsstaat und Demokratie eher in Guatemala selbst und seinen Beziehungen zu den USA zu suchen sein.

Der im Oktober dieses Jahres neu ernannte US-Botschafter John Hamilton steckte seine Ziele folgendermaßen ab: "Demokratisierung, Respekt der Menschenrechte und Umsetzung des Friedensabkommens. Heute ist die Demokratie gefährdet durch Korruption auf allen Ebenen und organisiertes Verbrechen wie Drogen- und Menschenhandel. Mutige Menschenrechtsaktivisten werden bedroht und die Umsetzung des Friedensabkommens wird verschleppt oder erleidet Rückschritte..." Dies gibt uns einen möglichen Hinweis auf die Hintergründe der neuen Politik: Eine Regierung, die massive Korruption zumindest toleriert und es zulässt, dass ihr Land zu einem der Haupttransitländer für den Drogenhandel geworden ist, der inzwischen ganze Regionen des Landes beherrscht, ist für die US-Interessen nicht mehr funktional, sondern kontraproduktiv. Außerdem herrscht der Eindruck vor, dass die guatemaltekische Regierung kaum ernsthafte Versuche unternimmt, die weiterhin ansteigende Gewaltkriminalität zu bekämpfen, und damit der Straffreiheit von Kriminellen Vorschub leistet. In der unzureichenden Strafverfolgung von Gewalttätern wiederum sieht die US-Regierung den wichtigsten Grund für die Fälle von Lynchjustiz im ländlichen Guatemala und warnt daher ausdrück-

lich die US-BürgerInnen vor Reisen in ländliche Gebiete.

Sorgen macht dem US-Botschafter und seiner Regierung auch die labile wirtschaftliche Lage in dem bevölkerungsreichsten Land Zentralamerikas. Zwar attestiert man den Regierungen von Präsident Portillo und seinem Vorgänger Arzú, die mit dem IWF vereinbarte Wirtschaftspolitik in großen Teilen "erfolgreich umgesetzt zu haben", wie beispielsweise die Privatisierung von Staatsbetrieben, aber auch die Diversifizierung des Außenhandels. Die Exporte von nicht-traditionellen Gütern nehmen inzwischen gut ein Drittel des gesamten Ausfuhrvolumens ein. Allerdings ist dieser "Erfolg" für die meisten Guatemaltekinnen teuer erkaufte worden, denn ihre Telefonrechnungen sind wesentlich höher, und auch die private Gesellschaft ist ineffizient - aber guatemaltekische Unternehmer-Politiker haben sich mit der Privatisierung bereichern können. Und der Erlös aus den "neuen" Exportgütern wie Schnittblumen und Topfpflanzen kann in keiner Weise den Verlust kompensieren, der mit dem internationalen Verfall der Kaffeepreise einhergeht.

Auswirkungen der Kaffeekrise

Sehen wir uns die Kaffeexport-Problematik näher an: Seit 1998 sind die Kaffeepreise auf dem internationalen Markt um mehr als zwei Drittel gesunken, was sich zum Beispiel in der guatemaltekischen Handelsbilanz mit Deutschland so ausgewirkt hat, dass vom Jahr 2000 auf das Jahr 2001 die deutschen Importe aus Guatemala wertmäßig um 27% gefallen sind. Der Kaffee macht über 70% dieser Importe aus Guatemala aus. Was für die VerbraucherInnen in Deutschland angenehm ist, weil der Kaffee etwas günstiger wurde, hat aber gleichzeitig fatale Folgen für viele guatemaltekische LandarbeiterInnen:



Der derzeitige internationale Kaffeepreisverfall ist der schlimmste in der bisherigen Geschichte des Kaffeehandels. Inzwischen haben über 1000 Kaffeeplantagen in Guatemala ihre Produktion eingestellt - das Land liegt brach, weil die Produktion für die Besitzer unrentabel ist. Die Exporterlöse aus dem Kaffee sind gegenüber dem Vorjahr um über 500 Mio. US-\$ zurückgegangen. Mehr als 250.000 arbeitslose Landarbeiter - etwa 1/8 der Erwerbsbevölkerung Guatemalas - wurden entlassen bzw. nicht mehr zur Erntearbeit angestellt. Viele dieser Campesinos haben nicht nur ihre Arbeit verloren, sondern auch die Löhne der vergangenen Monate nicht mehr ausgezahlt bekommen. Auf der Kaffeefinca "La Florida" im westlichen Hochland bei Quetzaltenango schuldet der Besitzer seinen entlassenen Arbeitern noch drei Jahreslöhne! Und viele der Entlassenen werden gleichzeitig obdach- und brotlos, weil sie auf der Finca nicht nur arbeiteten, sondern auch ihre Unterkunft und ein kleines Stück Land zum Anbau hatten.

Kaum Auswege für die BäuerInnen

Wie gehen die LandarbeiterInnen und die Kleinbauern, die als Saisonarbeiter in der Kaffeelernte tätig waren, mit der prekären Lage um? Viele von ihnen resignieren und hungern. Auch wenn es aus Guatemala keine konkreten Zahlen gibt, ist die Lage sicher nicht besser als in Nicaragua, wo die WHO allein in der Kaffeeregion Matagalpa von über 6000 unterernährten und vom Hunger bedrohten Kindern ausgeht. Wer noch finanzielle Mittel hat, um die Schleuser zu bezahlen, der versucht illegal über die Grenze nach Mexiko zu kommen. Früher beschäftigten die mexikanischen Kaffeefincas im Südosten immer guatemaltekische Erntearbeiter, aber auch sie trifft nun der drastische Preisverfall

und sie stellen niemand mehr ein. Bleibt der Versuch, illegal in die USA einzureisen und dort zu arbeiten, um die Familie zu unterhalten. Zahlen über den Anstieg der illegalen Wanderarbeiter aus Guatemala in den USA liegen uns nicht vor, aber dass es ständig mehr werden, sieht man an den Auslandsüberweisungen von GuatemalteKInnen in den USA in ihr Heimatland: sie weisen seit Jahren zweistellige Wachstumsraten auf und liegen in diesem Jahr bei mehr als einer Milliarde Dollar.

Das "illegale Exportprodukt" Arbeitskraft bringt Guatemala also wesentlich mehr Devisen ein als der gesamte Kaffeehandel. Auf ihre Weise ermöglichen die legalen und illegalen guatemaltekischen ArbeiterInnen in den USA schätzungsweise einem Fünftel der guatemaltekischen Familien in der Heimat das Überleben. Andererseits ist der unkontrollierbare Anstieg der illegalen Migration in die USA wohl auch ein Grund für die Sorge von George W. Bush um die (mangelnde) Demokratie in Guatemala - zumal das mittelamerikanische Land auch bevorzugte "Durchreisestation" für illegale MigrantInnen aus Südamerika und Asien geworden ist.

Kampf um Land

Aber nicht alle Kleinbauern und LandarbeiterInnen resignieren oder versuchen auszuwandern. Seit Beginn des Jahres besetzten organisierte Bauern über 150 ehemalige Kaffeefincas, die zum Grossteil brachlagen. Ihre Organisationen fordern von der Regierung die Umsetzung desjenigen Teils des Friedensabkommens, der die Landvergabe an Kleinbauern und Landarbeiter vorsieht. Dieser Passus des Friedensvertrags wird seit Jahren verschleppt und nur sehr wenige Campesinos haben Ländereien erhalten - vor allem zurückkehrende Flüchtlinge aus Mexiko.

Aber diese Ländereien wurden ihren ehemaligen Besitzern vom Staat oft zu völlig überhöhten Preisen abgekauft, und die Bauern müssen zumindest einen Teil des Preises als Kredit zurückzahlen - wozu sie meist nicht in der Lage sein dürften, wie die Erfahrung mit einem ähnlichen Konzept weltbankorientierter "marktkonformer Agrarreform" in El Salvador zeigt.

Die Regierungsinstitutionen sind selten bereit, mit den LandbesetzerInnen zu verhandeln. Die BesetzerInnen werden häufig von Schlägertrupps der Landeigentümer bedroht oder misshandelt. Davon abgesehen sind die Lebensbedingungen in den Camps äußerst prekär: permanente Durchfallerkrankungen der Kinder wegen fehlenden Trinkwassers, aber auch Denguefieber-Epidemien sind an der Tagesordnung. Die stärkste Kleinbauern- und Landlosenvereinigung CNOC, in der auch der CUC Mitglied ist, versucht, die oft lokalen Besetzungsaktionen zu bündeln und zu unterstützen. Sie legte der Regierung auch ein Konzept zur "Agrarreform" vor mit dem Ziel, brachliegendes Land solle enteignet werden können. Aus europäischem Blickwinkel - bei über tausend brachliegenden Kaffeefincas, Arbeitslosigkeit und Mangelernährung - durchaus ein praktikabler Vorschlag. Leider zeigt ein Blick zurück in die Geschichte Guatemalas, dass der einzige Präsident, der vor fast fünfzig Jahren ein ähnliches Konzept umzusetzen versuchte, von der Regierung eben jenes Landes gestürzt wurde, das neuerdings so besorgt um Demokratie und Menschenrechte erscheint...

Ein mögliches Fazit:

Da die parlamentarische Opposition der Linken zu schwach ist, um die korrupte und unfähige Regierung der rechten FRG ernsthaft zu gefährden, kommt den verbliebenen sozialen Basisbewegungen - vor allem Kleinbauern- und Menschenrechtsorganisationen

Die Arbeit unseres Partners CUC

Das Landrechtsprojekt

Seit Jahren unterstützen wir das Landrechtsprojekt der BäuerInnenvereinigung CUC finanziell (siehe auch aktuelle Spendenübersicht auf der letzten Seite).

Wofür wurde dieses Geld im letzten Jahr eingesetzt, und was wurde erreicht?

Zum einen ging es weiterhin um die Gründung von Assoziationen, wie sie für den Landerwerb aus dem Landfond vorgeschrieben sind. Auf diesem Weg ist es im letzten Jahr sieben CUC-Gemeinden gelungen, Land käuflich zu erwerben. Natürlich fangen damit die Probleme erst an: Die von den Verkäufern festgesetzten Preise sind überhöht, was die Rückzahlung der aufgenommenen Kredite erschwert. Dazu kommen das Fehlen technischer Beratung, wie sie in den Friedensverträgen vorgesehen ist, und Schwierigkeiten mit den Absatzmärkten.

Dennoch ist das Interesse an der Gründung solcher Assoziationen sehr groß, viele Gemeinden schließen sich aus diesem Grund dem CUC neu an. In diesen Gemeinden führt der CUC dann nicht nur Workshops über juristische und technische Fragen des Landerwerbs durch, sondern auch zu allgemeineren Themen, wie dem Inhalt der Friedensverträge, den Rechten der indigenen Völker, dem Aufbau einer Organisation und den Ursachen der Armut in Guatemala.

Im Widerspruch zu den bestehenden Abkommen funktioniert der Landerwerb mit Hilfe des Landfonds fast ausschließlich über den freien Markt (d. h. es werden nur günstige Kredite und technische Unterstützung ge-

geben), nicht aber durch die Verteilung von Ländereien in Staatsbesitz. Letzteres ist erstmals zwei Gemeinden gelungen: Am 26.8.02 erwarben sie die Fincas Papalha (Alta Verapaz) bzw. San Basilio (Sololá). Beide Fincas waren nach über 20-jährigen vergeblichen Petitionen durch die Gemeinden am 31.1.02 besetzt worden. Dies zeigt, dass die eigentlich selbstverständliche Einhaltung der Abkommen nur durch Druck zu erreichen ist.

Direkte Unterstützung für Gemeinden

Konkret unterstützt das Rechtshilfebüro des CUC die hilfeschenden Gemeinden in folgenden Punkten:

1. Gründung einer Assoziation, was eine Vorbedingung für die Teilhabe am Landfonds ist.

2. Juristische Unterstützung bei der Eintragung dieser Assoziation in das Register des Landfonds: Da sich die dazu verpflichteten Bürgermeister der Gemeinden in manchen Fällen weigern, dies zu tun, kann allein dieser Vorgang Monate in Anspruch nehmen!

3. Erhalt der notariellen Bescheinigungen, die erforderlich sind, um vom Fond begünstigt zu werden. Dazu gehören Erklärungen über die Dauer des Zusammenlebens eines Paares (die meisten Paare im indigenen Hochland leben unverheiratet zusammen), Zahl der Kinder, Bestätigungen, dass es sich tatsächlich "beruflich" um Bauern handelt u.v.m.

4. Intervention bei Konflikten: Eine der Forderungen des Landfonds ist es, dass es keinerlei interne oder externe Konflikte beim beantragten Landerwerb gibt. Nicht selten kommt es jedoch vor, dass die Verkäufer das Land mehreren Gemeinden anbieten und dadurch solche Konflikte provozieren.

5. Unterstützung von Assoziationen nach dem erfolgreichen Landkauf: Hier geht es zum Beispiel um erforderliche Umschuldun-

gen oder (in einem Fall) um zahlreiche nachträglich auftretende Probleme, die dadurch verursacht wurden, dass die Assoziation von einem privaten Rechtsanwalt gegründet wurde, der nicht sorgfältig arbeitete.

Hilfe zur Selbsthilfe

Wie man sieht, sind die Gemeinden vor eine Fülle von Problemen gestellt. Wir meinen aber, dass es sich bei der Unterstützung der Workshops und des Rechtshilfebüros um echte "Hilfe zur Selbsthilfe" handelt, die die indigenen Gemeinden dabei unterstützt, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, ihre Rechte kennen zu lernen und einzufordern, sich über die Ursachen ihrer Armut klar zu werden und sich zu organisieren.

Politische Aktionen

Der Kauf von Land allein kann die Probleme der Indígenas jedoch sicher nicht lösen. Ein Schwerpunkt der Aktionen des CUC liegt daher auf dem politischen Druck gegen die Machthaber in Guatemala. Auch diese Arbeit unterstützen wir symbolisch durch einen Zuschuss zu den Bürokosten.

Aktionen, die der CUC im letzten Jahr (teilweise gemeinsam mit anderen Organisationen) in diesem Sinne durchgeführt hat, sind Straßenblockaden, Demonstrationen, Besetzung von Regierungsinstitutionen sowie Pressekonferenzen, alles mit dem Ziel, gesetzlich verbrieft Rechte einzufordern, auf die Landproblematik aufmerksam zu machen und die zunehmenden Entführungen und Ermordungen von CUC-Mitgliedern sowie die weiterhin vorherrschende Straflosigkeit bei politischen Verbrechen anzuklagen.

Wir bitten dringend um Spenden für das Landrechtsprojekt des CUC, um es auch weiterhin finanziell unterstützen zu können (Stichwort "Spende CUC"). Am besten mit beiliegendem Überweisungsformular.

Suche nach internationalen Begleitern von Landbesetzungen

Der CUC unterstützt mehrere Landbesetzungen, bei denen es immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen der Militärs kommt. Er sucht daher dringend internationale Beobachter, die einige Monate mit den Landbesetzern verbringen, um dies durch ihre Präsenz zu verhindern. Wenn Sie sich diese wichtige, aber sicher nicht leichte Aufgabe zutrauen (oder jemanden kennen), nehmen Sie bitte mit uns Kontakt auf!



Das Straßenkinderprojekt

Gleich zwei Mal gelang es uns in diesem Jahr, Praktikantinnen aus dem Nürnberger Raum in das Straßenkinderprojekt zu vermitteln.

Die erste ist nach der Praktikumszeit noch unterwegs, die zweite ist gerade jetzt dort drüben. Wir hoffen, dass wir im nächsten Rundbrief oder im speziellen Rundbrief von Carola über ihren Aufenthalt ausführlich berichten können.

Die Informationsstelle Guatemala schließt zum Ende des Jahres ihr Büro. Ungeachtet dessen machen wir weiter!

Anfang nächsten Jahres werden wir eine kleine Homepage veröffentlichen. Die Adresse wird: **www.nefkom.net/ottmar.zimmer/guatemala**
(alles in einer Zeile)

Spendenübersicht 2001/02

UNSTRAGUA: Wir unterstützten sie wie immer mit einer jährlichen Spende zur freien Verfügung, die vor allem zur Deckung der laufenden Kosten verwendet wird: 2*1.000,- EUR = 2.000,- EUR.

CUC: Auch er erhielt seine jährlichen Spenden für laufende Kosten: 2.000,- EUR.

Das Landrechtsprojekt des **CUC** (wie im ausführlichen Artikel beschrieben) unterstützten wir wie immer mit monatlich 200 US-\$, das waren also in den vergangenen zwei Jahren 4.800 US-\$.

Das **Straßenkinderprojekt** "Movimiento Nacional de Niños" erhielt 4.600 EUR.

Nachdem wir keine Klagen hörten, gehen wir davon aus, dass dieses Jahr die Spendenbescheinigungen korrekt und rechtzeitig kamen. Unser Dank geht an die Missionsprokur für die gute Zusammenarbeit.

Wir müssen darauf hinweisen, dass bei Spenden, die zum **Jahresende** abgeschickt werden, nicht immer sichergestellt werden kann, dass die Bescheinigung für das laufende Jahr ausgestellt werden kann. Die Gesetzgebung ist in diesem Punkt leider etwas schärfer geworden: Entscheidend ist der Spendeneingang bei uns. Um genau zu sein, brauchen wir die Spenden - wenn möglich - **ein paar Tage vor Weihnachten**, um die Buchhaltung noch hinzubekommen!

Da die Adressen nicht immer auf den Kontoauszügen übermittelt werden, wäre es gut, wenn Sie bei Ihrer ersten Spende an uns eine Mail mit der Adresse und dem Datum der Überweisung an ottmar.zimmer@web.de schicken. Sollten Sie die Spendenbescheinigung nicht rechtzeitig erhalten, geben Sie uns bitte Bescheid.

Kontakt zur Gruppe: Astrid Bönning, Schlehdornweg 10, 90441 Nürnberg, 09 11 / 42 11 33, e-mail: ottmar.zimmer@web.de. Spenden bitte an: BDKJ Nürnberg-Nord, Kto. 10 512 38 36, LIGA-Bank Nürnberg, BLZ 750 903 00, Stichwort "Spende Guatemala". Für unsere Arbeit sind wir immer auf Spenden angewiesen. Diese sind steuerlich abzugsfähig. Spendenbescheinigungen kommen innerhalb der ersten sechs Wochen des Folgejahres. Wenn nicht, melden Sie sich bitte baldmöglichst bei uns.

Wenn Sie den Rundbrief nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie uns bitte eine kurze Nachricht.